

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

27. Ministerrat

29. Juli 2020

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem eine Entschließung vom 4. Juni 2020 betreffend „Maßnahmen zur Sicherstellung der Pflegeversorgung im Burgenland“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem eine Entschließung vom 4. Juni 2020 betreffend „Maßnahmen für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem eine Entschließung vom 4. Juni 2020 betreffend „Maßnahmen zur regionalen Ausgestaltung der Krankenkassen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem eine Entschließung vom 4. Juni 2020 betreffend „Anerkennung für die ArbeitnehmerInnen im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem eine Entschließung vom 4. Juni 2020 betreffend „Maßnahmen zur Unterstützung von burgenländischen Sportvereinen“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem eine Entschließung vom 4. Juni 2020 betreffend „Sofortmaßnahmen für Kellerstöckl im Südburgenland“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem eine Entschließung vom 4. Juni 2020 betreffend „Maßnahmen zur Unterstützung der Familien in der Covid-19-Krise“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem eine Entschließung vom 4. Juni 2020 betreffend „Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur im Zuge der Covid-19-Pandemie“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem eine Entschließung vom 4. Juni 2020 betreffend „Sicherstellung der Schutzausrüstung für die Hauskrankenpflege“ vorgelegt wird.
10. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem eine Entschließung vom 4. Juni 2020 betreffend „Sofortmaßnahmen für die burgenländische Landwirtschaft im Zuge der Covid-19-Krise“ vorgelegt wird.
11. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem eine Entschließung vom 4. Juni 2020 betreffend „Sicherheitsausbau S4“ vorgelegt wird.

12. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni d.J., mit dem eine EntschlieÙung vom 4. Juni 2020 betreffend „Unterstützung der psychosozialen Präventionsarbeit an Schulen“ vorgelegt wird.
13. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 26. Juni 2020, mit dem ein Beschluss vom 18. Juni 2020 betreffend „Unterstützung von kommunalen Investitionen 2020“ vorgelegt wird.
14. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 2. Juli 2020, mit dem eine EntschlieÙung vom 27. Mai 2020 betreffend „Unterstützung von Absolventen von Meister- und Befähigungsprüfungen“ vorgelegt wird.
15. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 8. Juli 2020, mit dem eine EntschlieÙung vom 10. Juni 2020 betreffend „Kürzere VolksschullehrerInnen-Ausbildung – Mehr Lehrerinnen und Lehrer?“ vorgelegt wird.
16. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 8. Juli 2020, mit dem eine EntschlieÙung vom 13. Mai 2020 betreffend „Lehrpläne modernisieren – Politische Bildung und Medienkunde als Pflichtfach einführen; Vermittlung der Grundlagen unseres Staates intensivieren“ vorgelegt wird.
17. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 9. Juni 2020, mit dem ein Beschluss vom 27. Mai 2020 betreffend „Retourwaren Online-Handel“ vorgelegt wird.
18. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 1. Juli 2020, mit dem eine Resolution vom 29. Juni 2020 betreffend „Kinder in Flüchtlingslagern in der Europäischen Union“ vorgelegt wird.
19. Schreiben des Bürgermeisters von Linz vom 3. Juli 2020, mit dem eine Resolution vom 2. Juli 2020 betreffend „Schaffung von Grundlagen für ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige“ vorgelegt wird.
20. Schreiben des Bürgermeisters von Linz vom 3. Juli 2020, mit dem eine Resolution vom 2. Juli 2020 betreffend „illegale Autorennen wirksam bekämpfen“ vorgelegt wird.
21. Schreiben des Bürgermeisters von Innsbruck vom 5. Juli 2020, mit dem eine Resolution vom 25. Juni 2020 betreffend „Keine Abschiebungen während der Lehre und Ausbildung“ vorgelegt wird.
22. Schreiben des Bürgermeisters von Inzersdorf i. Kremstal vom 1. Juli 2020, mit dem eine Resolution vom 18. Juni 2020 betreffend „Änderung des Apothekengesetzes“ vorgelegt wird.
23. Schreiben des Bürgermeisters von Baden vom 30. Juni 2020, mit dem eine Resolution vom 23. Juni 2020 betreffend „Evaluierung der Baumhaftungsregelungen“ vorgelegt wird.

24. Schreiben des Bürgermeisters von Scheibbs vom 3. Juli 2020, mit dem eine Resolution vom 26. Mai 2020 betreffend „Deckung der Einnahmehausfälle durch Direktzuschüsse“ vorgelegt wird.
25. Schreiben des Bürgermeisters von Fresach vom 27. Mai 2020, mit dem eine Resolution betreffend „Unterstützung durch nicht mögliche Kurzarbeit in den Gemeinden und auch Übernahme der Kosten für freigestellte COVID 19 gefährdete Personen“ vorgelegt wird.
26. Schreiben der Bürgermeisterin von Leonding vom 9. Juli 2020, mit dem eine Resolution vom 2. Juli 2020 betreffend „Initiative für einen Beitrag Österreichs zur Lösung der Flüchtlingskrise auf den griechischen Inseln“ vorgelegt wird.
27. Schreiben des Bürgermeisters von Villach vom 7. Juli 2020, mit dem eine Resolution vom 3. Juli 2020 betreffend „Finanzierung für den Bau der Hensel-Kaserne“ vorgelegt wird.
28. Schreiben der Bürgermeisterin von Gallneukirchen vom 6. Juli 2020, mit dem eine Resolution vom 2. Juli 2020 betreffend „Bereitschaftserklärung zur Aufnahme von AsylwerberInnen“ vorgelegt wird.
29. Schreiben von sieben Gemeinden (Traismauer, Hartkirchen, Schladming, Herzogenburg, Vöcklabruck, Ottensheim, Gerasdorf), mit denen Resolutionen betreffend „Kommunaler Rettungsschirm für Gemeinden“ vorgelegt werden.
30. Schreiben von neun Gemeinden (Sieggraben, Heiligenkreuz, Sachsenburg, Winden a. See, Müllendorf, Villach, Oberpullendorf, Oggau, Gols), mit denen Resolutionen betreffend „Rettung der Gemeindeleistungen und kommunales Investitionspaket für Arbeit & Wirtschaft“ vorgelegt werden.
31. E 66-NR/XXVII.GP vom 7. Juli 2020 betreffend „Verbot des gewerblichen Ghostwriting im akademischen Bereich“ (Wortlaut siehe Beilage).
32. E 72-NR/XXVII.GP vom 8. Juli 2020 betreffend „die Sicherung der betrieblichen und überbetrieblichen Lehrlingsausbildung in Österreich vor Auswirkungen der Covid-19-Krise in Bezug auf den Lehrstellenmarkt“ (Wortlaut siehe Beilage).
33. E 75-NR/XXVII.GP vom 8. Juli 2020 betreffend „Sonderbeauftragter der Europäischen Kommission für Religionsfreiheit“ (Wortlaut siehe Beilage).
34. E 76-NR/XXVII.GP vom 8. Juli 2020 betreffend „Einsatz für LGTBIQ-Rechte in Polen“ (Wortlaut siehe Beilage).
35. E 77-NR/XXVII.GP vom 8. Juli 2020 betreffend „Errichtung eines österreichischen zivilen Friedensdienstes als Instrument aktiver Friedenspolitik“ (Wortlaut siehe Beilage).
36. E 80-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „Studie zu Auswirkungen der COVID-19 Krise auf Gewalt in der Privatsphäre“ (Wortlaut siehe Beilage).

37. E 81-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „Untersagung der Feier im Gedenken an das Massaker von Bleiburg“ (Wortlaut siehe Beilage).
38. E 83-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „keine zwangsweise Trennung von internationalen, unverheirateten Paaren mehr“ (Wortlaut siehe Beilage).
39. E 84-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „Transparenz im Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagement“ (Wortlaut siehe Beilage).
40. E 85-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „Sicherstellung von fairen, qualitätsvollen Asylverfahren, vor allem im Umgang mit besonders vulnerablen Gruppen wie z.B. bei Flucht aufgrund von religiöser Konversion oder sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität“ (Wortlaut siehe Beilage).
41. E 86-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „Erfassung von hassmotivierten Übergriffen aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung“ (Wortlaut siehe Beilage).
42. E 87-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „illegalen Organhandel in China“ (Wortlaut siehe Beilage).
43. E 88-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels“ (Wortlaut siehe Beilage).
44. E 89-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „Schaffung einer unabhängigen Beschwerde- und Untersuchungsstelle bei Misshandlungsvorwürfen gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“ (Wortlaut siehe Beilage).
45. E 91-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „Aktionsplan Mikroplastik“ (Wortlaut siehe Beilage).
46. E 92-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „tschechische Atommüll-Endlagerproblematik, Information über Ereignisse in Atomkraftwerken sowie europäischer und weltweiter Ausstieg aus Atomkraft“ (Wortlaut siehe Beilage).
47. E 93-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „Aufklärung des Zwischenfalls und Stilllegung des AKW Temelin“ (Wortlaut siehe Beilage).
48. E 94-NR/XXVII.GP vom 9. Juli 2020 betreffend „stufenweise Einführung des 1-2-3 Österreich-Tickets“ (Wortlaut siehe Beilage).
49. 307/E-BR/2020 vom 2. Juli 2020 betreffend „keine Steuerbegünstigungen für Amazon, Starbucks und Co“ (Wortlaut siehe Beilage).

50. 308/E-BR/2020 vom 2. Juli 2020 betreffend „dringende Miteinbeziehung der privaten Vermieter von Ferienwohnungen im Rahmen des häuslichen Zu- und Nebenerwerbs mit maximal zehn Betten in den Coronavirus-Härtefallfonds“ (Wortlaut siehe Beilage).
51. 309/E-BR/2020 vom 2. Juli 2020 betreffend „keine Preiserhöhung durch USt-Begünstigung per 1.1.2021“ (Wortlaut siehe Beilage).
52. 311/E-BR/2020 vom 15. Juli 2020 betreffend „Genehmigungspflicht für alle in der Anlage zum Investitionskontrollgesetz aufgelisteten Bereiche unbefristet und mit Erreichen oder Überschreiten eines Mindestanteils an Stimmrechten von 10 %“ (Wortlaut siehe Beilage).
53. 312/E-BR/2020 vom 15. Juli 2020 betreffend „rasche Hilfe für Marktfahrer“ (Wortlaut siehe Beilage).
54. 313/E-BR/2020 vom 15. Juli 2020 betreffend „keine Schließung von Kasernen“ (Wortlaut siehe Beilage).
55. 314/E-BR/2020 vom 15. Juli 2020 betreffend „Entlassung der Bundesministerin für Landesverteidigung Tanner“ (Wortlaut siehe Beilage).
56. 316/E-BR/2020 vom 15. Juli 2020 betreffend „Glyphosatkennzeichnung für Lebensmittel“ (Wortlaut siehe Beilage).
57. 317/E-BR/2020 vom 16. Juli 2020 betreffend „Verdoppelung der Familienbeihilfe in Monaten coronabedingter Schulschließung“ (Wortlaut siehe Beilage).
58. 318/E-BR/2020 vom 16. Juli 2020 betreffend „Erhöhung der Nettoersatzrate beim Bezug des Arbeitslosengeldes“ (Wortlaut siehe Beilage).
59. 319/E-BR/2020 vom 16. Juli 2020 betreffend „Hilfsfonds für gestundete Energiekosten“ (Wortlaut siehe Beilage).
60. 320/E-BR/2020 vom 16. Juli 2020 betreffend „Förderung tierversuchsfreier Forschung sowie Berichtslegung an den Bundesrat“ (Wortlaut siehe Beilage).
61. 321/E-BR/2020 vom 16. Juli 2020 betreffend „Umsetzung der täglichen Bewegungs- und Sporteinheit bedeutet bessere Gesundheit und Fitness unserer Kinder“ (Wortlaut siehe Beilage).
62. 322/E-BR/2020 vom 16. Juli 2020 betreffend „Verbesserungen im Bereich der Erntearbeit“ (Wortlaut siehe Beilage).

63. Schreiben der Landeshauptfrau von Niederösterreich vom 8. Juli 2020, mit dem ein Beschluss vom 2. Juli 2020 betreffend „Investitionen in Bundesheerstandorte in Niederösterreich“ vorgelegt wird.
64. Schreiben der Landeshauptfrau von Niederösterreich vom 8. Juli 2020, mit dem ein Beschluss vom 21. März 2019 betreffend „Einsatzbereitschaft der Polizei Niederösterreich und Verrechnung von Kosten bei polizeilichen Großeinsätzen“ vorgelegt wird.
65. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 13. Juli 2020, mit dem ein Beschluss vom 18. Juni 2020 betreffend „Gemeinsame Planung des 1-2-3-Klimatickets in Zusammenarbeit mit den Verkehrsverbänden und den Ländern“ vorgelegt wird.
66. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2020, mit dem ein Beschluss vom 18. Juni 2020 betreffend „ausreichende Finanzierung des Österreichischen Bundesheers“ vorgelegt wird.
67. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2020, mit dem ein Beschluss vom 18. Juni 2020 betreffend „Politische Bildung in Schulen“ vorgelegt wird.
68. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2020, mit dem ein Beschluss vom 18. Juni 2020 betreffend „Abgeltung der Corona-bedingten Einnahmerückgänge der gesetzlichen Krankenversicherungsträger durch den Bund“ vorgelegt wird.
69. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2020, mit dem ein Beschluss vom 18. Juni 2020 betreffend „Offensive gegen die Gefahren der Atomkraft“ vorgelegt wird.
70. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2020, mit dem ein Beschluss vom 18. Juni 2020 betreffend „Verwendung von einheitlichen Hilfsmitteln bei der schriftlichen Reifeprüfung“ vorgelegt wird.
71. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2020, mit dem ein Beschluss vom 18. Juni 2020 betreffend „Verschärfung der Asylpolitik“ vorgelegt wird.
72. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 7. Juli 2020, mit dem ein Beschluss vom 18. Juni 2020 betreffend „rasch wachsende Wolfspopulation in Oberösterreich“ vorgelegt wird.
73. Schreiben des Katholischen Laienrates Österreichs vom 14. Juli 2020, mit dem Resolutionen des Vorstands des KLRÖ betreffend „europaweite einheitliche Rechtsgrundlage für die Aufnahme von Flüchtlingen und für eine zügige Durchführung der Asylverfahren“, „Maßnahmen zur Erhaltung des Generationenvertrages in Österreich“ sowie „Weiterentwicklung des Familien- und Eherechts“ vorgelegt werden.

74. Schreiben des Bürgermeisters von Mauthausen vom 13. Juli 2020, mit dem eine Resolution vom 2. Juli 2020 betreffend „Bereitschaftserklärung zur Aufnahme von Asylsuchenden“ vorgelegt wird.
75. Schreiben des Bürgermeisters von Frankenburg vom 13. Juli 2020, mit dem eine Resolution betreffend „Wirksamkeit des Gemeindepakets erhöhen!“ vorgelegt wird.
76. Schreiben von zwei Gemeinden (Feldkirchen, Mauthausen), mit denen Resolutionen betreffend „finanzielle Unterstützung für Gemeinden aufgrund der Corona-Krise“ vorgelegt werden.
77. Schreiben des Bürgermeisters von Perwang am Grabensee vom 14. Juli 2020, mit dem eine Resolution vom 25. Juni 2020 betreffend „Maßnahmenprogramm für Artenvielfalt und Insektenschutz“ vorgelegt wird.

Entschließung

des Nationalrates vom 7. Juli 2020

betreffend Verbot des gewerblichen Ghostwriting im akademischen Bereich

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wolle dem Nationalrat ehestald einen Gesetzesvorschlag zuleiten, der es erlaubt, gegen Personen verwaltungsstrafrechtlich, gewerberechtlich sowie universitätsrechtlich vorzugehen, die

1. gewerbsmäßig für den Gebrauch an inländischen oder ausländischen Universitäten oder Hochschulen wissenschaftliche Werke verfassen oder anbieten, um den Abnehmern, entgegen der guten wissenschaftlichen Praxis, die Vortäuschung von wissenschaftlichen oder künstlerischen Leistungen zur Erschleichung eines akademischen Grades oder einer akademischen Bezeichnung ermöglichen (Ghostwriter) oder
2. solche Werke, entgegen der guten wissenschaftlichen Praxis, zur Vortäuschung von wissenschaftlichen oder künstlerischen Leistungen zur Erschleichung eines akademischen Grades oder einer akademischen Bezeichnung beschaffen, beauftragen oder in Anspruch nehmen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 8. Juli 2020

betreffend die Sicherung der betrieblichen und überbetrieblichen Lehrlingsausbildung in Österreich vor Auswirkungen der Covid-19-Krise in Bezug auf den Lehrstellenmarkt

Die Bundesregierung wird ersucht, über die bereits getroffenen Maßnahmen zur finanziellen Absicherung der Lehrlinge im Bereich der betrieblichen und überbetrieblichen Lehrausbildung eine Möglichkeit zur Unterstützung der Lehrbetriebe zu prüfen, um ein ausgewogenes und bedarfsgerechtes Angebot an Lehrstellen zu garantieren.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 8. Juli 2020

betreffend Sonderbeauftragter der Europäischen Kommission für Religionsfreiheit

Die Bundesregierung wird ersucht, sich auf europäischer Ebene und in den relevanten Gremien dafür einzusetzen, dass die Funktion des Sonderbeauftragten der Europäischen Kommission für Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der Europäischen Union wiedereingesetzt wird.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 8. Juli 2020

betreffend Einsatz für LGTBIQ-Rechte in Polen

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert, sich gemäß dem Regierungsprogramm auf europäischer Ebene gegen jegliche Hetze gegen sexuelle und geschlechtliche Minderheiten einzusetzen und dabei insbesondere die Ausrufung von so genannten „LGBT-freien Zonen“ in Polen klar zu verurteilen sowie deutlich zu machen, dass die Menschenwürde sowie die Rechte von homosexuellen, bisexuellen, transgender und intergeschlechtlichen Personen von den politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern zu achten sind.

Die Bundesregierung wird weiters aufgefordert sich auf bilateraler Ebene für die Verbesserung der Situation von LGTBIQ*-Personen in Europa einzusetzen und im Sinne des österreichischen Engagements für Menschenrechte diese Frage auf europäischer Ebene, in den bilateralen Beziehungen und in anderen relevanten multilateralen Foren zu thematisieren.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 8. Juli 2020

betreffend Errichtung eines österreichischen zivilen Friedensdienstes als Instrument aktiver Friedenspolitik

Die Bundesregierung, vor allem der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert, ehestmöglich mit der Planung der Einrichtung eines österreichischen Zivilen Friedensdienstes unter umfassender Einbindung der Zivilgesellschaft zu beginnen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend Studie zu Auswirkungen der COVID-19 Krise auf Gewalt in der Privatsphäre

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, im Rahmen einer von ihm raschestmöglich zu beauftragenden, wissenschaftlich fundierten Studie zu erheben,

- in welchem Umfang sowie insbesondere aufgrund welcher maßgeblichen Faktoren es im Rahmen der Covid-19-Krise zu einem Anstieg von Fällen der Gewalt in der Privatsphäre gekommen ist und dem Nationalrat darauf basierend zu berichten;
- welche (gesetzlichen) Maßnahmen in besonderem Maße als geeignet anzusehen sind, zukünftig in diesem Umfeld durch entsprechende (präventive) Veranlassungen größtmögliche Sicherheit für gefährdete Personen – insbesondere Kinder und Frauen – herzustellen;
- welche Erfahrungen die bisherigen sicherheitspolizeilichen Fallkonferenzen erbracht haben und
- welche Erfahrungen bei der Umsetzung des seit 1.1.2020 geltenden „Annäherungsverbot“ gemacht worden sind.

Außerdem sollen bei der Weiterentwicklung der Konzepte für die sicherheitspolizeilichen Fallkonferenzen die Opferschutzeinrichtungen eingebunden werden.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend Untersagung der Feier im Gedenken an das „Massaker von Bleiburg“

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, die unter Berücksichtigung der Vorgaben der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der Europäischen Menschenrechtskonvention und sonstiger verfassungsrechtlicher Vorgaben alle Möglichkeiten zu prüfen, durch rechtliche Maßnahmen auf innerstaatlicher, bilateraler sowie auf europäischer Ebene die ultranationalistisch-faschistische Gedenkfeier am Loibacher Feld Nähe Bleiburg/Pliberk bzw. auf österreichischem Staatsgebiet im Jahr 2021 und in den Folgejahren zu unterbinden, weiters den zuständigen verantwortlichen Behörden des Landes Kärnten auf deren Verlangen sämtliche Informationen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zur Beurteilung von Grundstückstransaktionen durch den Verein „Bleiburger Ehrenzug- PBV - (Počasni bleiburški vod)“ zur Verfügung zu stellen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend Keine zwangsweise Trennung von internationalen, unverheirateten Paaren mehr

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, klarzustellen, dass unter „besonders berücksichtigungswürdigen Gründen im familiären Kreis im Einzelfall“ nach § 3 Z 3 der Verordnung über die Einreise nach Österreich in Zusammenhang mit der Eindämmung von SARS-CoV-2 auch Besuche durch nicht-verpartnerte und unverheiratete Partner bzw. Partnerinnen von in Österreich ansässigen Personen unabhängig vom Herkunftsland und unabhängig von einem gemeinsamen Haushalt zu verstehen sind.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend Transparenz im Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagement

Die Bundesregierung wird aufgefordert im Rahmen der Umsetzung des vereinbarten Kontroll- und Transparenzpakets zu prüfen, inwieweit der Informationszugang der Öffentlichkeit auch im Bereich des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements (SKKM) verbessert werden kann.

Gleichzeitig wird der Bundesminister für Inneres aufgefordert zu prüfen, inwieweit und allenfalls unter Festlegung einer Klassifizierung durch das Bundesministerium für Inneres, bis zur Umsetzung des Kontroll- und Transparenzpakets durch die Bundesregierung, eine Übermittlung der im Rahmen des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements (SKKM) versendeten COVID-19 Lagebilder an den Nationalrat künftig ermöglicht werden kann.

Entschließung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend der Sicherstellung von fairen, qualitätvollen Asylverfahren, vor allem im Umgang mit besonders vulnerablen Gruppen wie z.B. bei Flucht aufgrund von religiöser Konversion oder sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität

Die Bundesregierung wird ersucht, Wege zu finden und entsprechende Ressourcen bereit zu stellen, um qualitätsgesicherte Asylverfahren und Grundversorgung für Asylwerber*innen, die aufgrund von Konversion oder ihrer sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität Verfolgung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention aus 1951 zu befürchten haben, durch

- gezielte, kompetente und regelmäßige Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen auf allen Ebenen der Grund- und Weiterbildung, für Dolmetscher*innen, für Exekutivbeamte*innen, Mitarbeiter*innen des BFA und des BVwG in den Bereichen Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung, Erkennen von Angehörigen vulnerablen Gruppen, Umgang mit Angehörigen vulnerabler Gruppen
- zielgruppengerechte Herkunftsländerdokumentation zur Verfügung zu stellen,
- den Einsatz von geeigneten Dolmetscher*innen, die ausreichend zur Verfügung gestellt werden müssen,
- Berücksichtigung der besonderen Vulnerabilität bei der Unterbringung und Versorgung der Antragsteller*innen sowie bei der Möglichkeit Angebote von Community Einrichtungen in Anspruch zu nehmen,
- die Einbindung und Zusammenarbeit mit fachspezifisch tätigen zivilgesellschaftlichen und internationalen Organisationen, wie in Österreich offiziell anerkannten Kirchen, Organisationen im Bereich LGBTIQ Geflüchtete, EASO, UNHCR und IOM,

ausreichend sicherzustellen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend Erfassung von hassmotivierten Übergriffen aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, raschestmöglich Details und Inhalte über das geplante Projekt zur systematischen Erfassung von Vorurteilsmotiven bei Strafanzeigen („Hate Crime“) bekannt zu geben und nach Erstellung des Berichts dem Nationalrat die Ergebnisse und daraus abgeleitete Maßnahmen zu präsentieren. Außerdem sollen Präventionsmaßnahmen, wie die Schulungen von Polizeiangehörigen sowie die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, spezieller jener der LGBTI-Community, ausgearbeitet werden.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend illegalen Organhandel in China

Die Bundesregierung wird ersucht,

- die Bemühungen fortzuführen, die Rechte der Opfer von Organhandel zu schützen und die internationale Zusammenarbeit insbesondere mit der Weltgesundheitsversammlung, dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen—und Verbrechensbekämpfung (UNODC), welches seinen Sitz in Wien hat, dem Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte sowie dem Europarat in diesem Bereich zu stärken,
- diesbezügliche Bemühungen auch im Rahmen der Europäischen Union zu unterstützen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels

Die Bundesregierung wird ersucht, die im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen zum Kampf gegen den Menschen-, Frauen- und Kinderhandel umzusetzen insbesondere durch:

- die Sensibilisierung- und Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit und bei jenen Berufsgruppen, die potentiell mit Opfern in Berührung kommen,
- die verbesserte Zusammenarbeit im Bereich des Erkennens der mutmaßlichen Opfer,
- einen niederschweligen Zugang zu Beratung und Betreuung für Opfer von Menschenhandel, insbesondere im Bereich sexueller Ausbeutung,
- die verbesserte soziale Eingliederung von Opfern des Menschenhandels.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend Schaffung einer unabhängigen Beschwerde- und Untersuchungsstelle bei Misshandlungsvorwürfen gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert zügig eine unabhängige und weisungsfreie Beschwerde- und Untersuchungsstelle für Misshandlungsvorwürfe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einzurichten, die sowohl von Amts wegen ermittelt als auch als Beschwerdestelle für Betroffene fungiert und mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet ist. Bei der Konzeption und Umsetzung gilt es, den einschlägigen internationalen Vorgaben für eine effektive Untersuchung Rechnung zu tragen, um eine rasche, gründliche, kompetente, unparteiische und unabhängige Untersuchung und gegebenenfalls Verfolgung von Misshandlungsvorwürfen zu garantieren. Ebenso sollen in dieser Beschwerde- und Untersuchungsstelle aufbauend auf die positiven Erfahrungen des Zivilgesellschaftlichen Dialoggremiums aus allfällig festgestellten Vorfällen Lernprozesse abgeleitet werden, um so zu einer positiven Organisationsentwicklung beizutragen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend Aktionsplan Mikroplastik

Die Bundesregierung wird ersucht einen Aktionsplan gegen Mikroplastik auszuarbeiten, der insbesondere folgende Maßnahmen umfasst:

- Datenerhebung und Evaluierung für Mikroplastikemissionen und Belastungen unter Einbeziehung aller einschlägigen Fachbereiche inklusive der Umwelttoxikologie mit dem Ziel, rechtliche Grundlagen für die Reduktion von Mikroplastik zu entwickeln;
- Einsetzen auf europäischer Ebene für:
 - Verbot von Mikroplastik in der Produktion (Ziel einer österreichischen Lösung, sollte es keine europäische Lösung geben)
 - Europaweiter Ausstieg aus der Verwendung von Mikroplastik in Kosmetika und Reinigungsmitteln – sollte kein europäisches Verbot kommen, Anstreben eines nationalen Verbotes von „add-ons“ (Mikroplastikpartikel in Produkten)
 - Mikrofilter für Waschmaschinen und Trockner
 - Grenzwerte für Industrieanlagen;
- Gezielte Forschung;
- Nachrüstung von Kläranlagen (im Rahmen des aktuellen Förderprogramms);
- Ziel ist es, die Ausbringung von Klärschlamm bei Belastung durch Mikroplastik und andere Schadstoffe gänzlich zu unterbinden;
 - Prüfung eines bundesweiten Verbots für die Ausbringung von Klärschlamm bei Belastung durch Mikroplastik und andere Schadstoffe;
 - Entwicklung einer Phosphor-Strategie (Plan für die Herstellung von Kapazitäten für die Phosphorrückgewinnung etc.)
- Reduktion der Austragung von Mikroplastik aus Gletschervlies und Abdeckungen von Schneedepots und Entwicklung von alternativen Abdeckungen.

Entscheidung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend tschechische Atommüll-Endlagerproblematik, Informationen über Ereignisse in Atomkraftwerken sowie europäischer und weltweiter Ausstieg aus Atomkraft

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie wird ersucht,

- sich mit allen diplomatischen Mitteln dafür einzusetzen, dass die Tschechische Republik ihre Standortauswahl für das geplante Endlager für hochradioaktiven Atommüll nur mit Mitsprache und Einbindung Österreichs trifft,
- sich bei unseren Nachbarländern dafür einzusetzen, dass detaillierte Informationen über Ereignisse in Atomkraftwerken auch unter INES-2 zeitnah den österreichischen Behörden zur Verfügung gestellt werden,
- sich weiterhin auf europäischer Ebene und weltweit konsequent für einen Ausstieg aus Atomkraft einzusetzen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend Aufklärung des Zwischenfalls und Stilllegung des AKW Temelín

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene und bilateral mit Tschechien dafür einzusetzen, dass

- eine intensive, transparente und vollständige Aufklärung des Zwischenfalls im AKW Temelín mit und durch die tschechischen Verantwortlichen erfolgt und Österreich von den Ergebnissen umfassend und zeitnah in Kenntnis gesetzt wird,
- es zu keinen Verlängerungen des Betriebs des Kraftwerks kommt und das AKW vom Netz genommen und stillgelegt wird.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 9. Juli 2020

betreffend stufenweise Einföhrung des 1-2-3 Österreih-Tickets

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie wird ersucht, unter Einbindung der Bundesländer und der Verkehrsverbände die notwendigen rechtlichen und finanziellen Maßnahmen vorzubereiten, um im ersten Schritt die österreihweite Jahresnetzkarte für sämtliche öffentliche Verkehrsmittel (unter Berücksichtigung von Begünstigungen für junge Menschen, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen) bereits im Jahr 2021 kundenwirksam realisieren zu können.

Entschließung

des Bundesrates vom 2. Juli 2020 betreffend keine Steuerbegünstigungen für Amazon, Starbucks und Co

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 30. Juni 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1994 geändert wird (722/A und 242 d.B. sowie 10361/BR d.B. und 10362/BR d.B.)

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, sicherzustellen, dass bei einer Senkung der USt. nicht internationale Konzerne Anspruch auf weitere Steuervergünstigungen haben.

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 2. Juli 2020 betreffend dringende Miteinbeziehung der privaten Vermieter von Ferienwohnungen im Rahmen des häuslichen Zu- und Nebenerwerbs mit maximal zehn Betten in den Coronavirus-Härtefallfonds

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 30. Juni 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1994 geändert wird (722/A und 242 d.B. sowie 10361/BR d.B. und 10362/BR d.B.)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend jene Schritte zu setzen, die sicherstellen, dass auch die privaten Vermieter von Ferienwohnungen im Rahmen des häuslichen Zu- und Nebenerwerbs mit maximal zehn Betten in den Kreis der Anspruchsberechtigten aus dem Härtefallfonds aufgenommen werden, und dass die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Höhe der Förderung sowohl für Vermieter im Rahmen des häuslichen Zu- und Nebenerwerbs mit maximal zehn Betten als auch für Vermieter im Rahmen des „Urlaubs am Bauernhof“ vereinheitlicht wird und damit derzeit bestehende Benachteiligungen beseitigt werden.

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 2. Juli 2020 betreffend keine Preiserhöhung durch USt-Begünstigung per 1.1.2021

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 30. Juni 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1994 geändert wird (722/A und 242 d.B. sowie 10361/BR d.B. und 10362/BR d.B.)

Die Bundesregierung wird aufgefordert sicher zu stellen, dass die mit 1.1.2021 vorgesehene Anhebung der Umsatzsteuersätze nicht zu einer Preiserhöhung für die Konsumentinnen und Konsumenten ab 1.1.2021 führt.

Entschließung

des Bundesrates vom 15. Juli 2020 betreffend Genehmigungspflicht für alle in der Anlage zum Investitionskontrollgesetz aufgelisteten Bereiche unbefristet und mit Erreichen oder Überschreiten eines Mindestanteils an Stimmrechten von 10 %

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 8. Juli 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Investitionskontrollgesetz erlassen und das Außenwirtschaftsgesetz 2011 geändert wird (240 d.B. und 276 d.B. sowie 10376/BR d.B.)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit der eine Genehmigungspflicht gemäß § 2 Investitionskontrollgesetz für alle in Teil 1 und Teil 2 der Anlage zum Investitionskontrollgesetz aufgelisteten Bereiche mit Erreichen oder Überschreiten eines Mindestanteils an Stimmrechten von 10 % unbefristet normiert wird.

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 15. Juli 2020 betreffend rasche Hilfe für Marktfahrer

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 7. Juli 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Körperschaftsteuergesetz 1988, die Bundesabgabenordnung, das Bundesfinanzgerichtsgesetz, das Finanzstrafgesetz, das Gemeinsamer Meldestandard-Gesetz, das EU-Meldepflichtgesetz, das Flugabgabengesetz und das COVID-19-Förderungsprüfungsgesetz geändert werden (Konjunkturstärkungsgesetz 2020 – KonStG 2020) (287 d.B. und 336 d.B. sowie 10363/BR d.B. und 10380/BR d.B.)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend Schritte zu setzen, die eine sofortige finanzielle Hilfe zur Abdeckung der Fixkosten sowie des Umsatzausfalls in voller Höhe für die heimischen Marktfahrer, die von der Absage vieler Märkte und Veranstaltung in Folge von COVID-19 in ihrer Existenz bedroht sind, sicherstellen.

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 15. Juli 2020 betreffend keine SchlieÙung von Kasernen

angenommen anlässlich der Debatte über die dringliche Anfrage an die Bundesministerin für Landesverteidigung betreffend vorsätzliche Gefährdung der Sicherheit Österreichs durch BM Tanner (3786/J-BR/2020)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass keine Kasernen beziehungsweise andere Standorte geschlossen und verkauft werden, vielmehr deren Sanierung und Modernisierung vorangetrieben wird.

EntschlieÙung

**des Bundesrates vom 15. Juni 2020 betreffend Entlassung der
Bundesministerin für Landesverteidigung Tanner**

**angenommen anlässlich der Debatte über die dringliche Anfrage an die Bundesministerin
für Landesverteidigung betreffend vorsätzliche Gefährdung der Sicherheit Österreichs
durch BM Tanner (3786/J-BR/2020)**

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, im Interesse der Sicherheit Österreichs dem Bundespräsidenten vorzuschlagen, die Bundesministerin für Landesverteidigung Tanner zu entlassen und durch eine geeignete Persönlichkeit zu ersetzen.

Entschließung

des Bundesrates vom 15. Juli 2020 betreffend Glyphosatkennzeichnung für Lebensmittel

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 9. Juli 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Pflanzenschutzmittelgesetz 2011 geändert wird (236 d.B. und 257 d.B. sowie 10398/BR d.B.)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Kennzeichnung glyphosathaltiger Lebensmitteln zu entwickeln und diese einzuführen.

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 16. Juli 2020 betreffend Verdoppelung der Familienbeihilfe in Monaten mit coronabedingter SchulschlieÙung

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 8. Juli 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Arbeitsmarktservicegesetz, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Arbeitsmarktförderungsgesetz geändert werden (285 d.B. und 319 d.B. sowie 10383/BR d.B.)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Kinderbeihilfe bis zum vollendeten 14. Lebensjahr des Kindes für jene Monate zu verdoppeln, in denen die Betreuungseinrichtungen wie Schulen, elementarpädagogische Einrichtungen und Horte coronabedingt geschlossen waren bzw. sind. Die Auszahlung hat unverzüglich zu erfolgen.

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 16. Juli 2020 betreffend Erhöhung der Nettoersatzrate beim Bezug des Arbeitslosengeldes (COVID-19-MaÙnahme)

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 8. Juli 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Arbeitsmarktservicegesetz, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Arbeitsmarktförderungsgesetz geändert werden (285 d.B. und 319 d.B. sowie 10383/BR d.B.)

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die zum Inhalt hat, dass allen beim Arbeitsmarktservice als arbeitslos registrierten Personen, der Bezug der aktuellen Leistung um die Dauer der Krise, mindestens jedoch bis zum 31. Mai 2021 verlängert wird und zusätzlich ein "COVID- 19-Ausgleich" für Arbeitslose in Form eines 30-%igen Zuschlages zu allen Arbeitslosenversicherungsleistungen rückwirkend mit 15. März 2020 gewährt wird. Dieser Zuschlag soll über die Finanzämter, bei denen alle Daten aller Erwerbstätigen vorhanden sind, automatisch, also ohne formale Antragstellung, ausgezahlt werden.

Entschließung

**des Bundesrates vom 16. Juli 2020 betreffend Hilfsfonds für gestundete
Energiekosten**

**angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 8. Juli
2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Energieeffizienzgesetz geändert
wird (68 d.B. und 281 d.B. sowie 10382/BR d.B.)**

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie wird aufgefordert, einen Hilfsfonds zur finanziellen Unterstützung von jenen Haushaltskundinnen einzurichten, deren Energiekosten während der COVID-19-Krise gestundet wurden bzw. werden.

320/E-BR/2020 - EntschlieÙung

EntschlieÙung

**des Bundesrates vom 16. Juli 2020 betreffend Förderung tierversuchsfreier
Forschung sowie Berichtslegung an den Bundesrat**

**angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 7. Juli
2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Tierversuchsgesetz 2012 geändert wird
(289 d.B. und 309 d.B. sowie 10407/BR d.B.)**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung stellen sicher, dass für die tierversuchsfreie Forschung derselbe Geldbetrag zur Verfügung gestellt wird, wie für die Forschung mit Tierversuchen. Des Weiteren haben die zuständigen Bundesminister gemeinsam dem Bundesrat darüber jährlich einen Bericht zu übermitteln.

321/E-BR/2020 - Entschließung

Entschließung

des Bundesrates vom 16. Juli 2020 betreffend "Umsetzung der täglichen Bewegungs- und Sporteinheit bedeutet bessere Gesundheit und Fitness unserer Kinder"

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 7. Juli 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz, die 11. Schulorganisationsgesetz-Novelle, das Schulunterrichtsgesetz, das Privatschulgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Bundesgesetz über die Österreichische Bibliothekenverbund und Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung und das Prüfungstaxengesetz geändert werden (237 d.B. und 311 d.B. sowie 10375/BR d.B.)

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der Bundesminister für Kunst, Kultur, Öffentlicher Dienst und Sport und der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz werden ersucht, gemeinsam mit den Bundesländern und dem organisierten Sport Bewegungsinitiativen in den Kindergärten und Schulen weiterhin zu fördern und die flächendeckende Umsetzung der täglichen Bewegungs- und Sporteinheit in allen Kindergärten und Schultypen voran zu treiben.

Die Umsetzung einer Gesamtstrategie für eine tägliche Bewegungs- und Sporteinheit in allen Kindergärten und Schultypen ist auch ein wichtiger Beitrag für die Entwicklung unserer Gesellschaft und wird positive Folgewirkungen vor allem für das Gesundheits- und Sozialsystem sowie die Motivierung von Kindern und Jugendlichen für den Leistungs- und Spitzensport haben.

Die Bundesregierung wird aufgefordert eine Gesamtstrategie auszuarbeiten, die auch die Öffnung von Freizeitanlagen und von der öffentlichen Hand errichtete und geführte (Schul)-Sportanlagen beinhaltet, damit diese vor allem Kindern und Jugendlichen ganzjährig zur Verfügung stehen. Zwischen Kindergarten, Schule und dem organisierten Sport mit seinen Verbänden und Vereinen ist eine aktive, wertschätzende Partnerschaft weiter auszubauen. Für die Durchführung der täglichen Bewegungs- und Sporteinheiten sollten der Zugang für ÜbungsleiterInnen, Trainerinnen bzw. Bewegungskoches an Kindergärten und schulischen Einrichtungen erleichtert und bürokratische Hürden abgebaut werden.

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 16. Juli 2020 betreffend Verbesserungen im Bereich der Erntearbeit

angenommen anlässlich der Debatte über die dringliche Anfrage an die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend betreffend Missstände im Bereich der Erntearbeit (3794/J-BR/2020)

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend wird aufgefordert, umgehend die erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen zu erarbeiten, um wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Wohnsituation der in der Erntearbeit Beschäftigten vorzunehmen und die Kontrolltätigkeiten in diesem Bereich stark zu investieren.